

# Zürich

## «Sparhammer!» – beim Thema Bildung wurde es im Parlament plötzlich emotional

**Budget 2026 des Kantons** Es geht um Schulen, Gefängnisangestellte und das Spitalpersonal – der Kantonsrat hat an zwei Sitzungstagen den Grossteil des 20-Milliarden-Budgets fürs Jahr 2026 besprochen.

Pascal Unternährer  
und Beat Metzler

20,4 Milliarden Franken will der Kanton Zürich nächstes Jahr ausgeben. Die Finanzkommission des Kantonsrats (Fiko) hat das Budget des Regierungsrats angepasst und sich auf ein Defizit von 314 Millionen geeinigt. Das Parlament folgte dieser Linie und hat während zehn Sitzungsstunden an zwei Tagen die Budgets von sechs der sieben Direktionen diskutiert. Das sind die wichtigsten Entscheide:

### «Kürzungs-Giesskanne» bei der Bildung scheitert

Insgesamt 25 Millionen Franken wollte die FDP bei der Bildung einsparen, wobei sich Kantonsrat Marc Bourgeois den Begriff Sparen verbat. Die FDP wolle bloss die Aufwandsteigerung in der Bildungsdirektion von 4,8 auf 4,2 Prozent senken. Betroffen gewesen wären die Verwaltung, die Volksschule, die Mittelschulen, die Berufsbildung, die Universität und die Fachhochschulen. Nadia Koch (GLP) sprach von einer «Kürzungs-Giesskanne» und sagte, vor allem den Sonderschulbereich und die Berufsbildung würden die Kürzungen empfindlich treffen. «Sparen bei der Bildung kommt uns teuer zu stehen», sagte Hanspeter Hugentobler (EVP) und wandte sich gegen den «Sparhammer».

Nachdem noch weitere Rednerinnen von der linken Ratsseite Kritik an den FDP-Anträgen geübt hatten, reagierte Bourgeois mit der (sinngemässen) Bemerkung, dass es ihn nicht wundere, dass der ganze Bildungskuchen auf die Hinterbeine stehe, und wurde persönlich. Und so kam es zurück. Die Diskussion wurde derart emotional, dass irgendwann besonnene Ratsmitglieder einschränkten. Am Ende wurden die sechs FDP-Anträge bloss von der SVP unterstützt und scheiterten mit 96 zu 76 Stimmen oder ähnlichen Resultaten.

### — Privatschul-Quote fällt durch

Die SP wollte den Anteil Privatschülerinnen und -schüler im Kanton Zürich von 6,6 auf 6 Prozent senken, um die Volksschule zu stärken. Die Partei blieb mit dem Anliegen allerdings allein. Es sei ein Wunschwort, den der Kanton gar nicht beeinflussen könne, sagte etwa Nadia Koch (GLP). «Wenn Sie das wollen, müssen Sie das Gesetz ändern», sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) trocken.

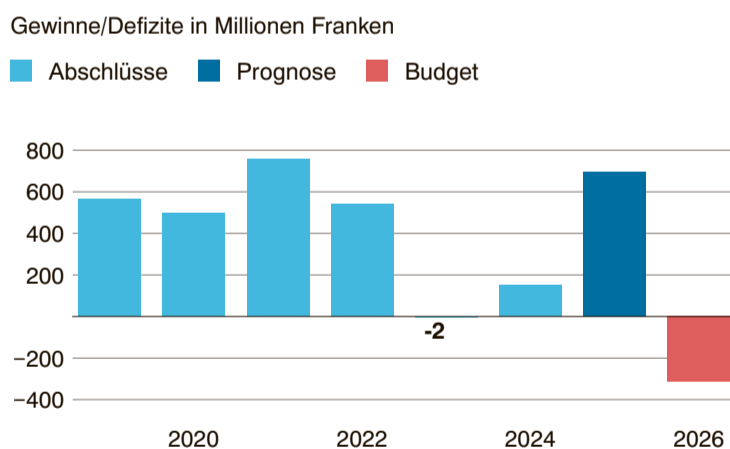
### — Kein Teuerungsausgleich für Spitalangestellte

Die linken Parteien scheiterten mit dem Antrag, dem Gesundheitspersonal einen Teuerungsausgleich von 0,2 Prozent zu gewähren. Die zwei Kantonsspitäler und die beiden Psychiatrien in Zürich und Winterthur haben die Löhne seit 2022 nicht der Teuerung angepasst. Sie stehen finanziell unter Druck. Dies führe bei den Angestellten zu einem Reallohnverlust, sagte Gianna Berger (AL). Daher müsse



Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) wehrt sich gegen eine weitere 50-Millionen-Kürzung via den sogenannten Reptilienfonds. Foto: Clara Neugebauer

### Die Jahresrechnungen des Kantons Zürich sind meist positiv



Grafik: pu / Quelle: Finanzdirektion/Kantonsrat

der Kanton als Eigentümer der Institutionen einspringen und den Teuerungsausgleich übernehmen.

Man müsse den Pflegepersonen Sorge tragen, sonst würden zu viele von ihnen den Beruf verlassen, sagten weitere Befürworterinnen. Der Teuerungsausgleich in den vier Institutionen würde maximal 8 Millionen Franken kosten.

SVP, FDP, Mitte und GLP lehnten das Anliegen ab. Die Spitäler müssten gemäss Eigentümerstrategie selber bestimmen können, wie sie sich als attraktive Arbeitgeber positionierten, sagte Raffaella Fehr (FDP). Zudem wirkten spezifische Lohnmassnahmen präziser. Von einem Teuerungsausgleich profitierten alle, auch die Gutverdienenden.

Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) sagte, dass sich die finanzielle Lage der Spitäler positiv entwickle. Viele wür-

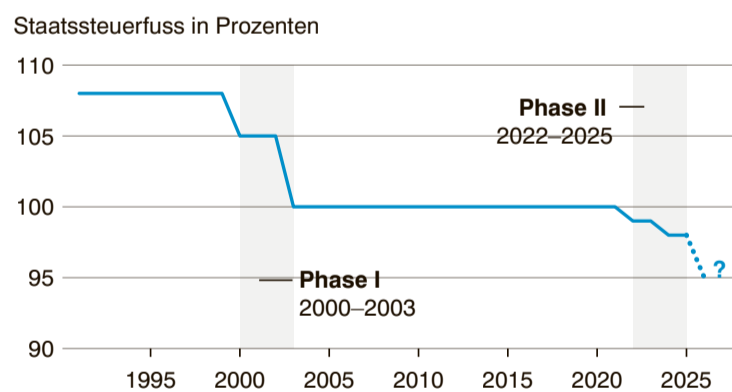
den künftig Gewinne schreiben. Darum planten sie individuelle Lohnerhöhungen. Diese sollen vor allem den Schlechtverdienenden zugutekommen. Die beiden linken Anträge unterlagen mit 110 zu 63 Stimmen.

### — Bürgerliche und GLP streichen 50 Millionen

SVP, FDP, Mitte und GLP haben die allgemeinen Budgetkürzungen von 200 auf 250 Millionen Franken erhöht. Um diesen Betrag soll der Regierungsrat die Ausgaben verringern. Priska Hänni-Mathis (Mitte) begründete den allgemeinen Antrag damit, dass die Verwaltung am besten wisse, wo es noch Luft zum Sparen habe. Daher überlasse man ihr die Umsetzung. Im Vergleich zum Gesamtbudget sollten 50 Millionen kein Problem sein, sagten die Befürworter.

Linke Rednerinnen nannten den alljährlich wiederkehrenden

### Im Kanton Zürich sank der Steuerfuss in den letzten 25 Jahren



Die Finanzkommission des Kantonsrats beantragt für die Steuerperiode 2026/27 eine weitere Steuersenkung auf 95%.

Grafik: pu/mae / Quelle: Kantonsrat Zürich

Antrag «langweilig» und «mutlos». Wer sparen wolle und nicht wisse, wo, wähle diesen Weg. Es handle sich um eine reine Budgetkorrektur mit dem Zweck, eine Steuersenkung zu rechtfertigen, sagte Markus Schaaf (EVP).

Auch Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) lehnte die Pauschalkürzung als «Ausdruck von Hilflosigkeit» ab. Der betroffene sogenannte Reptilienfonds bestehe aus nicht ausgeschöpften Krediten. Niemand wisse genau, wie hoch dieser Betrag Ende Jahr ausfalle. SVP, FDP, GLP und Mitte setzten den Kürzungsantrag mit 107 zu 61 Stimmen durch.

### — Konkursämter bekommen nur 15 statt 30 neue Stellen

Im Kanton Zürich steigt die Zahl der Konkurse. Die Konkursandrohungen haben sich im letzten Jahr fast verdreifacht. Um die zusätzlichen Aufgaben bewältigen zu können, haben die

Grundbuch- und Konkursämter 30 neue, befristete Stellen beantragt. Dies geschieht zum zweiten Mal, auch im Vorjahr war eine Erhöhung um 30 befristete Stellen schon nötig.

SVP, FDP, GLP und Mitte sind der Ansicht, dass die Hälfte der befristeten Stellen ausreichen müsse. Es gelte, «Silodenken aufzubrechen» und andere Möglichkeiten zu finden. SP, Grüne, AL und EVP sowie das zuständige Obergericht warnten davor, dass eine Halbierung der beantragten Stellen Konkursverfahren verzögern würde. Dies sei nicht gut für den Wirtschaftsstandort. Der Kürzung um 1,7 Millionen Franken wurde mit 108 zu 63 Stimmen zugestimmt.

### — Jacqueline Fehr: «Gesetze stehen über dem Budget»

Die Fiko hat – wie in den Vorjahren auch – vor allem bei Justizdirektorin Jacqueline Fehrs

Direktion gekürzt. So wurden beim Justizvollzug 4 Millionen Franken gestrichen. Der Betreuungsschlüssel in den Gefängnissen solle angepasst werden, lautet die Forderung der Fiko. Es gehe nicht um Sparen, sagte Daniel Wäfler (SVP). «Das Wachstum soll etwas gedämpft werden.» Die SP wehrte sich für ihre Regierungsrätin. Leandra Columberg sagte, mit dem Antrag verletze man Empfehlungen des Bundesamts für Justiz betreffend die Betreuung von Festgenommenen. Sabine Arnold (Grüne) sagte, der Antrag sei gar nicht umsetzbar: «Das Budget wird einfach überschritten.»

Jacqueline Fehr fragte rhetorisch, wie sich wohl das Personal in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies fühle, wenn sie die einzigen Angestellten des Kantons seien, bei denen gekürzt werde. Die Regierungsrätin kündigte aber an, dass das Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung auch dieses Jahr das Geld ausgeben werde, das es nun einmal brauche. Und: «Gesetze stehen über dem Budget.» Trotzdem scheiterte der Versuch von SP, Grünen, EVP und Mitte, die 4 Millionen wieder ins Budget zu hieven, mit 99 zu 74 Stimmen. Dasselbe geschah bei anderen Posten der Justizdirektion.

### — 100-Millionen-Angriff auf die Stadt Zürich

Ebenfalls gescheitert ist ein Angriff der SVP auf die Stadt Zürich. Weil deren Steuerkraft gestiegen sei, solle der jährliche Zentrumsausgleich des Kantons an die Stadt um 100 Millionen gekürzt werden. Zum Vergleich: Im laufenden Jahr erhält die Stadt 430 Millionen gutgeschrieben. Doch keine andere Partei unterstützte den SVP-Antrag.

### — Mario Fehr: «Lassen Sie mich einfach arbeiten»

SVP und FDP wollten beim Sozialamt von Sicherheitsdirektor Mario Fehr (parteilos) 10 Millionen kürzen. Konkret sollte der Betrag bei den Ausgaben fürs Asylwesen gestrichen werden. Die Gegenseite betonte, dass es gar nicht möglich sei, hier zu streichen, da alle Ausgaben gesetzlich vorgegeben seien. «Eine Knallpetarde», kommentierte Josef Widler (Mitte). Man könnte Durchgangszentren schliessen, doch dann müssten die Gemeinden mehr Asylsuchende aufnehmen, sagte Alan David Sangines (SP). Mario Fehr sagte bei dieser Gelegenheit, dass er bereits Zentren für unbegleitete minderjährige Asylsuchende geschlossen habe, aber auch aktuell zwei Zentren in Zürich und Winterthur (für gewöhnliche Asylsuchende) neu eröffne. Kurz, das Asylwesen ist eine dynamische Angelegenheit, und Fehr sagte: «Lassen Sie mich einfach arbeiten.» Der Antrag wurde abgelehnt.

Am kommenden Montag folgen noch die Debatte über die Baudirektion und die Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2026 und 2027.